



Amtsgericht Siegburg

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

Mittwoch, 19.02.2025, 10:00 Uhr,

2. Etage, Sitzungssaal 234, Neue Poststraße 16, 53721 Siegburg

folgender Grundbesitz:

**Wohnungs- und Teileigentumsgrundbuch von Sieglar, Blatt 4617,
BV lfd. Nr. 1**

88,50/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Sieglar, Flur 10, Flurstück 1600, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Hessenweg 17, Größe: 743 m² verbunden mit Sondereigentum an der Wohnung im Dachgeschoß rechts und im Spitzboden rechts nebst Kellerraum sowie Tiefgarageneinstellplatz Nr. 7 des Aufteilungsplans.

versteigert werden.

Eigentumswohnung Nr. 7 im Dachgeschoss und im Spitzboden rechts in einem zweigeschossigen Mehrfamilienwohnhaus mit ausgebautem Dachgeschoss mit insgesamt 9 Wohnungen, Stellplatz (Sondernutzungsrecht)

Baujahr: 1986. Wohnfläche: 72 m². Raumaufteilung: DG: Diele mit Garderobe und Abstellraum, Schlafzimmer, Küche mit Wohn- und Esszimmer (offen gestaltet), Loggia; SpB: Zimmer, KG: Kellerraum Nr. 7 (Sondernutzungsrecht).

Grundstücksgröße: 743 m², hiervon 88,5/1.000 Miteigentumsanteil

Lage: Hessenweg 17, 53844 Troisdorf-Rotter See

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 23.02.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

194.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Siegburg, 16.12.2024